

Sehr geehrte Herren Präsidenten, Liebe Kolleginnen und Kollegen:

Ich möchte meine Ausführungen beginnen mit der heute bereits heiß umstrittenen Problematik der Steigerung der Bezirksumlage im Haushalt 2017.

Eingang möchte ich voranschicken, ich stehe voll und ganz hinter dieser Erhöhung um 0,5 %.

Denn wie die Zahlen im Haushaltsentwurf dargestellt sind, geht es nicht ohne eine Erhöhung. Dreh- und Angelpunkt sind dabei die bereits jetzt zum 31.12.2016 abgeschmolzenen Rücklagen auf knapp über 2 Millionen Euro.

Mir war und ist es heute noch unbegreiflich, warum vor drei Jahren im Haushalt 2014 die Bezirksumlage um 2,9 % gesenkt werden musste. Ich habe bei der damaligen Haushaltsrede dazu meine Bedenken geäußert. Es war damals für mich mein erster Haushalt im Bezirk, der zu beschließen war und ich hatte da zum Ausdruck gebracht, warum ich nicht hinter einer solch hohen Senkung der Bezirksumlage stand. Und ich bin heute noch der Auffassung, 1 % Senkung hätten es damals auch getan.

Ich möchte hier gar nicht in Zahlen darstellen, was wir mit diesen 1,9 % in 2014 und später hätten alles anfangen können, z.B. eine Entschärfung der Personalsituation in unseren Krankenhauseinrichtungen. Oder aber die Schonung unserer Rücklagen bis hin zu vielleicht der Realisierung zusätzlicher Aufgaben im sozialen Bereich.

Und um dem Ganzen noch die Krone aufzusetzen, wurde die Bezirksumlage ein Jahr danach nochmals um 1 % gesenkt.

Die Ergebnisse, Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehen wir heute.

In nur drei Jahren haben wir einen finanziellen Stand erreicht, wo wir sagen müssen, dass der Bezirk seinen Aufgaben mit einer Umlage von 18 % nicht mehr in vollem Umfang erfüllen kann,

Kollegin Imhof hat es bereits in der letzten Bezirksausschuss-Sitzung dargestellt, dass bei der Fülle unserer Aufgaben eine Erhöhung der Umlage von 0,5 % auch noch sehr knapp bemessen ist.

Zu dieser Auffassung bin auch ich gekommen, wenn ich mir den Haushaltsentwurf 2017 so durchschaue.

Denn wir alle wissen, die Aufgaben 2017 im Sozialbereich werden eher noch steigen.

Das gilt sowohl für die ständige Erhöhung der Fallzahlen im psychiatrischen Bereich sowie auch bei der Inklusion, um nur einige zu nennen.

Weiterhin kommt noch dazu, was ich auch nicht gerade als positiv ansehe:

In der Position Bezirksumlage und damit wichtige Kosten haben wir bei unseren Landkreisen sowie den kreisfreien Städten durch das ständige Auf und Ab dieser Position nicht gerade Ruhe reingebracht und damit für diese eine schwer planbare Position geschaffen.

Zu den Kosten für unbegleitete minderjährige und erwachsene Flüchtlinge möchte ich an dieser Stelle nicht mehr viel dazu sagen, das ist heute und hier mehrfach geschehen.

Nur kurz meine Auffassung dazu:

Bisher lässt die bayrische Staatsregierung die Kommunen und uns bei den Kosten im Regen stehen.

Gerade bei den unbegleiteten volljährigen Flüchtlingen muss der Freistaat in die Pflicht genommen werden.

Die Kosten, die für die Betreuung und therapeutische Hilfe von jungen Erwachsenen anfallen, sind genauso durch den Freistaat zu übernehmen, ohne Wenn und Aber und das gegenwärtige abrechnungstechnische Durcheinander gefährdet die Haushaltsberatungen in allen Bezirken Bayerns.

Der bayrische Bezirkstag sollte sich hier stark machen und seine Forderungen gegenüber dem Freistaat aufmachen.

Ein weiteres Problem, was nicht das 1. Mal im Haushalt 2017 dargestellt wird, ist die Überbelegung von Planbetten über die 100 % hinaus.

Diese Situation kommt leider auch 2017 wieder auf uns zu und sie stellt erschwerte Bedingungen nicht nur bei den Patienten sondern auch beim Pflegepersonal dar.

Es ist wichtig und richtig, dass der Bezirk hier Gegenmaßnahmen geplant und auch bereits in die Wege geleitet hat, wie z.B. die Schaffung des Zentrums für seelische Gesundheit in Würzburg.

Ich hoffe sehr, dass die hier entstehenden 60 vollstationären Betten und die 24 tagesklinischen Plätze eine spürbare Auslastung unserer Einrichtungen bringen.

Aber auch die langen Wartelisten für die Plätze in unseren Tageseinrichtungen erschweren die nötige Versorgung unserer Patienten beträchtlich.

Allerdings ist hier mit einer Entschärfung des Problems vor 2018 wohl nicht zu rechnen.

Im Gegenteil, ich denke, die Wartelisten werden 2017 auf Grund der ständig steigenden Fallzahlen sicher noch länger werden.

Ein nächstes Problem, was mir sehr am Herzen liegt und an dem unbedingt planmäßig gearbeitet werden muss, ist die ständig steigende Nachfrage und der hohe Belegungsdruck in der Kinder – und Jugendpsychiatrie.

Wie im Haushalt 2017 dargestellt, sind hier unsere Einrichtungen ausgereizt und aus der Not heraus werden Kinder und Jugendliche dann in Erwachsenen-

Einrichtungen untergebracht. Das ist ein unhaltbarer Zustand und gegenüber unseren jungen Patienten nicht zu verantworten.

Eine konzeptionelle langfristige Planung der Maßnahmen zur Entschärfung dieser Situation ist hier meine Forderung, so wie es die Grünen bereits in den vorjährigen Haushaltsberatungen getan haben.

Allerdings ist diese vorjährige Forderung leider ohne jegliche Resonanz im

Haushalt 2017 geblieben.

Abschließend möchte ich mich bei Herrn Klingert und seinem Team für das umfangreiche Zahlenwerk herzlich bedanken.

Ihnen allen sowie unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wünsche ich ein geruhsames Weihnachtsfest und Glück und Gesundheit für sie und ihre Familien im nächsten Jahr.